

Arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Vorstellungen der Parteien

CDU/CSU	F.D.P.	SPD	Die Grünen
<p>Überwindung der Arbeitslosigkeit bleibt eine große Herausforderung: Konsequente Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft</p> <p>gegen kredit- oder abgabenfinanzierte Beschäftigungsprogramme</p> <p>für aktive Arbeitsmarktpolitik mit folgenden Elementen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - flexiblere und individuellere Arbeitszeitgestaltung fördern <p>- Möglichkeiten des BeschFG 1985 nutzen</p> <p>- mehr Rücksicht im Arbeitsrecht auf die besonderen Bedürfnisse von Frauen mit Kindern nehmen</p> <p>- Schrittmacherfunktion des öffentlichen Dienstes bei dem Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen</p>	<p>Arbeitslosigkeit dauerhaft nur in marktwirtschaftlicher Ordnung überwindbar. Aufforderung an die Tarifvertragsparteien:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeit durch beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik rentabler machen mit mehr Differenzierungen nach Branchen, Regionen und Tätigkeiten <p>und</p> <ul style="list-style-type: none"> - wettbewerbs- und kostenneutrale Formen der Arbeitszeitverkürzung zügig weiterentwickeln: dabei Arbeitszeiten flexibler gestalten, Überstunden durch tarifliche und betriebliche Regelungen abbauen <p>- mehr Teilzeitarbeitsplätze schaffen</p> <p>- Schwarzarbeit zurückdrängen</p> <p>Vermehrte Förderung von berufsqualifizierenden Maßnahmen:</p>	<p>Mit einer beschäftigungsorientierten Wirtschafts- und Industriepolitik die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen</p> <ul style="list-style-type: none"> - durch Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“, finanziert durch Zuschlag auf Energieverbrauch sowie durch Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt, sollen für 10 Jahre verbilligte Investitionskredite in Höhe von 20 Mrd. DM pro Jahr zusätzlich mobilisiert werden <ul style="list-style-type: none"> - schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden - neues Arbeitszeitgesetz mit Überstundenbegrenzung - Rücknahme des BeschFG 1985 - Beseitigung noch bestehender Benachteiligungen für Teilzeitbeschäftigte - Bekämpfung illegaler Beschäftigung und Verhinderung des Mißbrauchs von Leiharbeit <p>Instrumente der Arbeitsmarktpolitik gezielter einsetzen:</p>	<p>Abbau der Massenarbeitslosigkeit durch</p> <ul style="list-style-type: none"> - generelle Wochenarbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden für 1987 bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen - Arbeitszeitflexibilisierung nur bei vergrößerter individueller Zeitverfügbarkeit - Arbeitszeitgesetz mit gesetzlicher Überstundenbeschränkung (2 Wochenstunden) und Freistellungsanspruch für Kindererziehung, Bildung, Pflege von Angehörigen, persönliche Bedürfnisse und gesellschaftliche Tätigkeiten - Optionen auf arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Teilzeitarbeit als vorübergehende Alternative zur Vollzeitätigkeit

<ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierungsprogramm ausbauen - ältere und längerfristig Arbeitslose verstärkt in berufliche Qualifizierungsmaßnahmen einbeziehen - durch Angebote zur Weiterqualifizierung und Umschulung und durch Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen den Übergang vom Bildungs- ins Beschäftigungssystem erleichtern 	<ul style="list-style-type: none"> - verbesserte Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben - mehr Ausbildungsmöglichkeiten im Verbund mit anderen Betrieben und überbetrieblichen Ausbildungsstätten - gleiche Ausbildungschancen für Mädchen und Jungen schaffen - gezielte Programme zur Ausbildung benachteiligter Jugendlicher - laufende Aktualisierung der Berufsbilder und stärkere Differenzierung im dritten Lehrjahr außerdem Vermittlungsmonopol der Arbeitsämter durch Zulassung privater, nicht gewerksmäßiger Initiativen auflockern 	<ul style="list-style-type: none"> - bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für bestimmte Gruppen in strukturschwachen Regionen - Ausbau der Weiterbildung vor allem für Frauen - Schaffung von über- und außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten (Ausbildungsumlage) 	<ul style="list-style-type: none"> - Erwerbs- und Ausbildungsplätze mindestens zu 50% mit Frauen besetzen - spürbare Ausbildungsplatzabgabe zur Finanzierung von überbetrieblichen Ausbildungsstellen einführen Ausweitung der Arbeitslosenversicherung: - Leistungsanspruch für alle, die sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen, nicht nur bei Vorliegen der versicherungsrechtlichen Voraussetzungen, sondern auch bei Bedürftigkeit - Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Erwerbstätigen (auch Beamte und Selbständige)
---	---	--	--

Nach: J. Göbel: Kursbestimmung in der Wirtschaftspolitik; Die Parteien zur Bundestagswahl 1987; Synoptische Darstellung der Programmaussagen, in: Der Arbeitgeber Nr. 24/38, 1986

Hinweis: Die Wahlprüfsteine des DGB zur Bundestagswahl 1987 sind im ÖTV-Magazin 11/86, S. 6-7 abgedruckt.

